Pulsnitzer Tageblatt

Fernsprecher 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Postscheck-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger — **Wochenblatt**

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

— — — erscheint an jedem Werktag — — —
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend

Anzeigen-Grundzahlen in Rpf: Die 41 mm breite Zeile (Mosse's Zeilenmesser 14) 1 mm Höhe 10 Rpf, in der Amtshauptmannschaft Kamenz 8 Rpf; amtlich 1 mm 30 Rpf und 24 Rpf; Reklame 25 Rpf. Tabellarischer Satz 50% Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlaß in Anrechnung. Bis 1/2 10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Kamenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortschaften des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großröhrsdorf, Bretnig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2 — Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr) — Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 201 || **Donnerstag, den 29. August 1929** || **81. Jahrgang**

Amtlicher Teil.

In das Güterrechtsregister ist heute eingetragen worden:
Die Eheleute Kraftfahrer Georg Paul Maukisch und Flora Anna geb. Gnauk in Pulsnitz haben durch Ehevertrag vom 12. August 1929 Gütertrennung vereinbart.

Amtsgericht Pulsnitz, am 24. August 1929.

Anzeigen haben im Pulsnitzer Tageblatt großen Erfolg!

Obstverpachtung

Die diesjährige Obstnutzung der Stadtgemeinde Pulsnitz soll Sonnabend, den 31. d. M. baumweise an hiesige Einwohner, welche nicht selbst Besitzer von Kernobstbäumen sind, öffentlich meistbietend verpachtet werden.
Treffpunkt nachmittags 4 Uhr am Brauereiteich.

Pulsnitz, am 28. August 1929. **Der Stadtrat.**

Das Wichtigste

Wie aus dem Grenzabschnitt von Druskieniki gemeldet wird, sollen hier bewaffnete Litauer die polnische Grenzwache überfallen und mit einem Kugelregen überschüttet haben. Auf polnischer Seite wurde niemand verletzt.

Dem Wochenbericht des englischen Arbeitsministeriums zufolge betrug am 19. August 1929 die Zahl der Arbeitslosen in England 1 162 300. Das bedeutet gegenüber der Vorwoche eine Abnahme von 5768 Personen. Die Arbeitslosenzahl aus dem Textilstreik ist darin nicht enthalten.

Der Dampfer „Marie Leonhardt" der Hamburger Reederei Leonhardt und Blumberg hat auf der Reise von Hampton-Roads nach Kuba den in gefährlicher Lage auf dem Florida-Korallenriff festsitzenden amerikanischen Dampfer „Lake Traba" abgeschleppt und nach Miami gebracht.

Nach einer Meldung aus Schanghai ist der belgische Missionspater Tiburce Cloodt in Itschang bei Hupeh ermordet worden.

Oertliche und sächsische Angelegenheiten

Pulsnitz. (Wiedersehensfeier der ehem. 32er [Ers.-Inf.-Regt.]) Wer hätte sich nicht gefreut, als die Anregung unter einigen früheren Angehörigen des ehemaligen Ers.-Inf.-Regts. Nr. 32, eine Wiedersehensfeier zu veranstalten, greifbare Formen annahm. Mehrmals wurde der Plan gefaßt und immer wieder fiel er ins Wasser. Aber diesmal hat sich die Ortsgruppe Chemnitz außerordentlich bemüht, die Zusammenkunft zu verwirklichen. Es ist das erste Mal, wo am Sonntag, den 1. September 1929 in Dresden jeden ehemaligen Angehörigen der 32er Gelegenheit geboten ist, die noch lebenden Kameraden des ehemaligen Regimentes zu treffen, mit ihnen Gedanken über frohe Stunden auszutauschen und durch kräftigen Händedruck die Kameradschaft zu erneuern. Da werden so manch schöne Stunden wieder im Beisein der Kameraden vor Augen geführt werden. Manch kleine Erinnerung wird zu einem Erlebnis! Wer sollte da fehlen von den ehemaligen noch lebenden 32ern? Niemand darf es! Jeder komme, der es halbwegs möglich machen kann. Er ist herzlich willkommen! Für diesen Tag muß sich jeder ehemalige 32er frei machen. Ob ledig oder verheiratet, den Tag muß er der Zusammenkunft der 32er widmen. — Als im November 1918 die Auflösung der 32er erfolgte, da versprach jeder einzelne Kamerad dem andern in die Hand, sich recht bald wieder zu treffen. Jetzt ist die Gelegenheit da, versäume kein Kamerad dieselbe, sondern er möge erscheinen! Wenn man sich nicht trügt, dürfte der Tag der ersten Wiedersehensfeier wohl die größte bleibendste Erinnerung an die alte Kameradschaft darstellen. Darum Ihr 32er: Erscheint am 1. September bestimmt in Dresden! Die Ortsgruppe Pulsnitz und Umgebung fährt früh mit dem 8 Uhr-Zuge nach der ehemaligen Residenz, wo die Dresdner und Chemnitzer Kameraden uns schon am Hauptbahnhof begrüßen werden.

— (Gemeinsamer Betrieb von Kraftwagenlinien durch Reichsbahn und Reichspost.) Ein Vertrag über gemeinsamen Betrieb von Kraftwagenlinien durch die Reichsbahn und die Reichspost ist nach langwierigen Verhandlungen zum Abschluß gekommen; er läuft zunächst bis zum Jahre 1934. Das Abkommen ist getroffen worden, um eine unwirtschaftliche Konkurrenz zwischen den beiden öffentlichen Verkehrsgesellschaften auszuschalten. Die finanziellen Abmachungen beschränken sich auf die nach dem 1. April eingereichten und auf alle künftig neu zu betreibenden Linien, um eine Benachteiligung der Post zu vermeiden, die bisher im Ueberlandverkehr bedeutend mehr Mittel investiert hat als die Reichsbahn. Grundsätzlich wird also der Omnibusverkehr vor allem durch die Post und die Güterbeförderung im Ueberlandverkehr durch die Reichsbahn durchgeführt werden.

Sozialreform bis zum 5. September vertagt

Pessimistische Stimmung im Haag

Die Mittwoch-Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses, die die Lösung der wichtigsten Fragen der Novelle zur Arbeitslosenversicherung bringen sollte, war beeinflußt durch die Vorgänge im Haag. Es sollten vor allem folgende Punkte beraten werden: Erhöhung der Beitragsleistungen, Staffelung der Arbeitslosenunterstützung je nach Arbeitsentgelt und Beschäftigungsdauer, Behandlung der Saisonarbeiter. Nun hatten die interfraktionellen Besprechungen keine Einigung ergeben. Andererseits hoffen die Regierungsparteien aber, daß die Sozialdemokraten in der Regierung bleiben, wenn der Young-Plan angenommen wird, da der Finanzminister Dr. Hilferding bei der Herabsetzung der deutschen Leistungen für den Augenblick eine Erleichterung seiner Kassenlage zu erhalten glaubt. Es kam also darauf an, Zeit zu gewinnen, um in

neue Verhandlungen mit der Sozialdemokratie

eintreten zu können.

Abgeordneter Esser (Z.) sprach davon, daß die Regierungsvorlage lückenhaft sei, und daß man den Fraktionen Gelegenheit zur Beratung geben müsse. Der Sozialdemokrat Graßmann erklärte, daß die finanziellen Auswirkungen der vorgeschlagenen Maßnahmen genügen würden, um eine vollständige Sanierung der Anstalt zu ermöglichen. Auch der Volksparteiler Hueck erklärte sich mit einer Vertagung des Ausschusses auf etwa eine Woche einverstanden. Seine Fraktion halte unverändert daran fest, daß die Sanierung der Reichsanstalt durch geeignete Reformmaßnahmen ohne Beitragserhöhung möglich sei.

Abgeordneter Dr. Haßlacher (Dnatl.) wies noch einmal auf die deutschnationalen Anträge hin. Sie erbrächten über die in der Regierungsvorlage errechnete Ersparnis von 92 Millionen hinaus eine weitere Ersparnis von rund 160 bis 170 Millionen. Was dann noch gedeckt werden müsse, ließe sich durch straffere Handhabung der Verwaltung einsparen.

Der Ausschuß beschloß gegen die Oppositionsparteien eine Vertagung auf den 5. September.

Pessimistische Stimmung im Haag

Verlängerung der Konferenz bis Dienstag nächster Woche?

Haag, 29. August. Die am Mittwoch mit einer Unterbrechung durch das Diner bei der englischen Delegation während sieben Stunden geführten Verhandlungen zwischen Deutschland und den übrigen fünf Mächten sind bisher völlig ergebnislos verlaufen. Von deutscher Seite haben sämtliche vier anwesenden Reichsminister an den Verhandlungen teilgenommen. Die Auseinandersetzung hat, wie verlautet, teilweise einen außerordentlich stürmischen Charakter getragen. Zwischen den einzelnen Gliedern der deutschen Delegation und den übrigen Delegierten soll es mehrfach zu heftigen Zusammenstößen gekommen sein. In den Verhandlungen sind sämtliche drei Punkte der englisch-französischen Einigung erörtert worden, in denen die Zustimmung Deutschlands zu neuen finanziellen Lasten gefordert wird. Der stärkste Widerstand scheint auf deutscher Seite sich gegen die Forderung zu richten, daß Deutschland nach dem 1. September allein die Besatzungskosten bis zur endgültigen Räumung tragen soll. Die Verhandlungen werden am Donnerstag vormittag weiter fortgesetzt werden. Man hofft immer noch, daß es doch möglich sein wird, im Verlaufe der nächsten Tage eine Einigung herbeizuführen, um die Konferenz zu Ende der Woche abschließen zu können. Jedoch herrschte am Mittwoch abend nach den stundenlangen Verhandlungen mit der englischen Delegation eine ausgesprochen pessimistische Beurteilung. Von italienischer Seite wurde nach Schluß der Sitzung erklärt, daß die Verhandlungen möglicherweise noch bis zum Dienstag der nächsten Woche dauern würden. Auf deutscher Seite scheint man jedenfalls entschlossen zu sein, den Forderungen der übrigen Mächte in den finanziellen Fragen allerstärksten Widerstand entgegen zu setzen. Ob und auf welcher Grundlage eine Einigung zustande kommen wird, ist zur Zeit noch nicht zu übersehen.

Die Forderungen der Entente.

Den Haag. Die Beratung der sechs Mächte, in der Mittwoch vormittag die deutsche Delegation zur Annahme der neuen Forderungen der Gläubigerstaaten gezwungen werden sollte, wurde zunächst auf 4 Uhr nachmittags vertagt. Um 3 Uhr fand eine Beratung Dr. Stresemanns mit den Besatzungsmächten statt. Zur Nachprüfung der Forderungen der Gläubigerstaaten wurden wieder Sachverständige eingesetzt, die in den Mittagsstunden unter Hinzuziehung deutscher Vertreter über die Erhöhung des ungeschützten Teils und über die übrigen Fragen verhandeln sollten.

Als die deutschen Delegierten nach 1 Uhr die Sitzung verließen, erklärte man, daß keine Einigung über die Finanzfragen erzielt sei, und daß sie alle, soweit sie Deutschland beträfen, noch offen seien. Im merkwürdigen Gegensatz zu dieser deutschen Erklärung steht die Tatsache, daß der englische Pressechef, Mister Stuart, erklärte, die Plenarsitzung, die für Donnerstag angesetzt sei, bleibe bestehen.

In der Nacht zum Mittwoch hatten sich

die Gläubigerstaaten, die drei Wochen lang im Haag sich um die Verteilung der deutschen Kriegstribute gestritten haben, geeinigt.

Deutschland stand damit wieder einer Front der Entente gegenüber und hatte am Mittwoch darüber zu entscheiden, ob es die Forderungen der Entente annehmen wolle.

Die Nacht zum Mittwoch stand in der Geschichte der europäischen Diplomatie seit Versailles einzig da. Von 5 Uhr bis um Mitternacht tagten die sechs einladenden Mächte. Die Pressevertreter waren auf dem Hof versammelt. Die deutsche Delegation mußte nach 7 Uhr 1½ Stunden warten, ehe sie die Erklärung anbringen konnte, daß sie endlich um 9 Uhr in ihrem Hotel zu essen wünsche. Briand, Henderson, Snowden, Jasper, Franqui, Pirelli saßen auf den Treppenstufen des Binnenhofes und ersetzten ihr Abendbrot durch eine Schrippe. Die Pressevertreter warteten auf dem dunklen Binnenhof und errichteten in später Nachtstunde Barrikaden von Bänken.

Ein Scheiterhaufen von alten Zeitungen flammte auf,

in das die Journalisten Papier warfen, das sie Akten der Konferenz nannten. Dabei riefen sie: „Nieder mit dieser Konferenz!" Erst nachts um 1 Uhr wurde die deutsche Delegation herbeigerufen. Dr. Stresemann erschien nicht, da er gesundheitlich so herunter war, daß er der Aufforderung zum Erscheinen nicht Folge leisten konnte. Den deutschen Vertretern Hilferding, Curtius und Wirth wurden dann die Forderungen der Entente im Binnenhof überreicht.

Die Entente forderte

einen deutschen Verzicht auf den 300-Millionen-Mark-Ueberschuß aus dem Dawes-Plan. Die englischen Forderungen sollen zu fast 80 Prozent erfüllt werden. Es sei festgestellt, daß es sich bei den auf 37 Jahre verteilten Zahlungen für die Dawes-Anleihe in den ersten 20 Jahren für Deutschland um eine Mehrbelastung von 800 Millionen Mark handelt oder um eine Jahresleistung von 42 Millionen Mark, um die die ungeschützte Jahreszahlung erhöht wird, also genau 15 Prozent der gesamten ungeschützten Summe, die wir zahlen müssen, ganz gleichgültig, was aus unserer Währung wird. Es sei weiter festgestellt, daß man deutscherseits angenommen hatte, daß die freibleibenden 300 Millionen zum überwiegenden und größten Teil für die Räumungslasten und Besatzungskosten vom